

Equal Pay Day

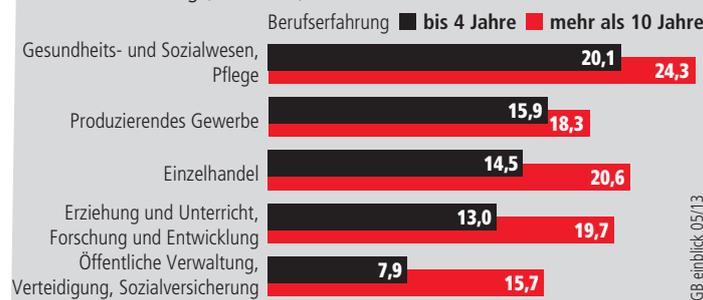
Frauen sind mehr wert

Neu ist die Tatsache, dass Frauen deutlich weniger als Männer verdienen, nicht. Das macht sie nicht weniger skandalös. Frauen erhalten in Deutschland durchschnittlich 22 Prozent weniger Entgelt als Männer. In kaum einem anderen EU-Land ist die Entgeltlücke so groß wie hierzulande. Und daran hat sich in den letzten zwanzig Jahren fast nichts verändert. Jahr für Jahr fordern deshalb Frauen am Equal Pay Day, in diesem Jahr am 21. März, ihr „Recht auf Mehr!“ ein.

Der Equal Pay Day markiert den Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus weiterarbeiten müssten, um rechnerisch auf das durchschnittliche Jahresgehalt eines Mannes zu kommen. Gemeinsam rufen DGB, Deutscher Frauenbund und der Sozialverband Deutschland für diesen Tag zu Aktionen auf. Zentrale Veranstaltung ist eine gemeinsame Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin. Die drei Verbände fordern von der Politik gesetzliche Regelungen für Entgeltgleichheit. „Frauen arbeiten besonders häufig in Mini-Jobs ohne soziale Absicherung. Sie werden oft mit Dumpinglöhnen abgespeist,

Berufserfahrung schützt nicht vor Lohndiskriminierung

Geschlechtsspezifischer Verdienstabstand in ausgewählten Wirtschaftszweigen nach Berufserfahrung (in Prozent)



Quelle: WSI / Berechnungen des Projekts LohnSpiegel mit Daten des Lohnspiegels 2006 bis 2011

Quer durch alle Branchen zeigt sich: Je länger Frauen im Job sind, umso größer ist ihre geschlechtsspezifische Diskriminierung beim Entgelt.

weil sie in Bereichen arbeiten, in denen es keine Tarifverträge gibt. Wir brauchen deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde und einen Sozialversicherungsschutz ab der ersten Arbeitsstunde“, stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock klar.

Diskriminierung von Frauen beim Entgelt gibt es aber nicht nur im Niedriglohnbereich. „Die Entgeltlücke zieht sich quer durch die gesamte Einkommensskala –

bis in die Spitzenpositionen der Wirtschaft“, so Sehrbrock. „Wir brauchen deshalb eine gesetzliche Regelung, die Unternehmen und Verwaltungen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis systematisch zu überprüfen und geschlechtergerecht zu gestalten.“ Zudem sei ein Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung notwendig.

Steter Tropfen höhlt den Stein – dank des beharrlichen Engagements von Gewerkschaften und Frauenorganisationen bewegt sich nun auch die Politik. Die Opposition – SPD, Grüne und Linke – hat bereits mehrfach Gesetzentwürfe vorgelegt. Auch Frauenministerin Kristina Schröder plane, so *Der Spiegel*, ein Gesetz, das die Unternehmen verpflichtet, Gehaltsstrukturen offenzulegen. Gleichzeitig formiert sich aber auch die Gegenwehr. Entgeltunterschiede, sagt etwa die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), seien „vor allem das Resultat persönlicher Entscheidungen“. Und die FDP sieht bei einem Gesetz – ähnlich wie beim Mindestlohn – gar die Tarifautonomie in Gefahr. •

plusminusBERLIN

+ Nach dem Schweizer Volksentscheid zur Begrenzung von Managergehältern will Bundeskanzlerin **Angela Merkel (CDU)** nun auch gegen überzogene Gehälter, Boni und Abfindungen aktiv werden und das Thema auf europäischer Ebene einheitlich regeln.

- Bundeskanzlerin **Angela Merkel (CDU)** will dazu die Rechte der Aktionäre stärken. Nicht beantwortet hat sie bislang die Frage, weshalb ausgerechnet die Aktionäre – meist institutionelle Anleger – ein Interesse am Verbot überzogener Managerbezüge haben sollten.

Seite 3

Berichtswesen

Über die Verteilung von Privatvermögen – oder wie aus dem Armuts- ein Reichtumsbericht wurde

Seite 5

Tag der Ansage

Mit Forderungen nach besserer Ausbildung und einem sozialen Europa beginnt für die DGB-Jugend die Bundestagswahl

Seite 7

Arbeitsmarktreformen

Warum Deutschland eine neue Ordnung der Arbeit braucht, beschreibt DGB-Vorstandsmitglied **Annelie Buntenbach**



Der Surf-Tipp fürs Internet

<http://bit.ly/lumfairteilen>
UmFAIRteilen – Reichtum besteuern! Aktionstag am 13. April 2013

Hintergrund

http://www.boeckler.de/wsi_38957.htm
WSI-Genderdatenportal

Bildung

Mehr Geld und eine Quote

Mehr Geld für Bildung und Forschung, eine Frauenquote an den Hochschulen und der Wegfall des Kooperationsverbots sind einige der Maßnahmen, die die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) der Bundesregierung in ihrem neuesten Bericht nahe legt. Die Kritik des sechsköpfigen Gremiums: Wichtige Problemfelder seien unbearbeitet geblieben.

Die ExpertInnen fordern, dass der Bund die Länder finanziell unterstützen können muss (Kooperationsverbot). Für die Zukunft wünschen sie sich „ehrgeizige Ziele“. So sollten im Jahr 2020 für Forschung und Entwicklung 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts

sowie acht Prozent für Bildung festgeschrieben werden, damit Deutschland „langfristig zu den führenden Innovationsnationen aufschließen kann“. Die EFI hält darüber hinaus eine Einführung von Quoten für „Führungspositionen im Wissenschafts- und Wirtschaftssystem“ für notwendig, um die Gleichstellung zu beschleunigen. Die Empfehlungen der Kommission entsprechen damit Forderungen, die der DGB bereits 2012 in seinem hochschulpolitischen Programm formuliert hat. •

www.dgb-lf5w

Arbeitnehmerdatenschutz

Befragung gestartet

Der Entwurf der schwarz-gelben Bundesregierung zum Beschäftigtendatenschutz wird von Ge-

werkschaften und Datenschützern scharf kritisiert. Doch wie sehen eigentlich die Beschäftigten das Thema Datenschutz am Arbeitsplatz? Dieser Frage gehen Forscher der Universität Passau nach. Sie rufen alle ArbeitnehmerInnen auf, sich bis zum 31. März an der wissenschaftlichen Online-Umfrage zum Thema zu beteiligen. •

http://bit.ly/lads_unipassau

Optionspflicht

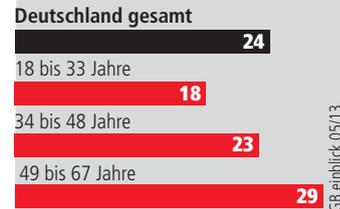
Willkommen in Deutschland

Seit 1999 haben in Deutschland geborene Kinder nichtdeutscher Eltern die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit. Allerdings hatte die Ländermehrheit von CDU/CSU und FDP über den Bundesrat die so genannte Optionspflicht durchgesetzt. Das heißt, spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres müssen sich die Betroffenen für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Die Opposition will das Optionsrecht – ebenso wie der DGB – abschaffen. Zur Sachverständigenanhörung in der vergangenen Woche appellierte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach an die Bundesregierung, diese Pflicht zu streichen. „Gemeinsames Ziel muss doch sein, junge Menschen, die hier aufgewachsen sind, für die Gesellschaft zu gewinnen“, argumentiert Buntenbach, „der Optionszwang ist integrationspolitisch fatal“.

Wer sich zwischen der elterlichen und deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden muss, wird sich kaum willkommen fühlen in dem Land, in dem er geboren wurde, kritisiert der DGB: „Eine Willkommenskultur sieht anders aus.“ Brücken zu bauen, statt abzuschottern wäre der richtige Weg. In diesem Jahr sind von dieser Regelung 3300 junge Menschen betroffen. In den kommenden Jahren wird die Zahl bis auf 50 000 pro Jahr ansteigen. •

Immer mehr innere Kündigungen

Anteil Beschäftigter, die sich emotional gar nicht mehr mit ihrem Unternehmen identifizieren, nach Altersgruppen (in Prozent)



Quelle: Gallup 2012

Immer mehr Beschäftigte haben sich innerlich bereits von ihrem Arbeitgeber verabschiedet. Das Beratungsunternehmen Gallup, das seit 2001 den so genannten Engagement-Index erhebt, registriert eine ständige Zunahme der „inneren Kündigungen“. Vor allem in der derzeit stärksten Beschäftigtengruppe, ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 49 bis 67 Jahren, ist die Zahl derjenigen gestiegen, die nur noch das Notwendigste leisten. Aber auch nur 13 Prozent der jungen Beschäftigten (18 bis 33 Jahre) identifizieren sich voll mit ihrem Unternehmen, 69 Prozent leisten „Dienst nach Vorschrift“, und 18 Prozent haben bereits die innere Kündigung eingereicht. Mit fatalen Folgen, wie Gallup feststellt. Wer sich emotional nicht an sein Unternehmen gebunden fühlt, zeige weniger Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein und sei häufiger krank. Das Fazit der Studienautoren: „Der Erfolg eines Unternehmens hängt von vielen Faktoren ab. Dabei wird einer oft übersehen: Die Mitarbeiter!“

Girokonto

Ein Grundrecht

Nationale Initiativen für das Recht auf ein Girokonto sind bislang an der Bundesregierung gescheitert. Nun plant die EU-Kommission eine europaweite Verpflichtung für die Banken. Das Konto für Jedermann soll als Grundrecht verankert werden. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack freut sich über den Vorstoß der EU: „Europa muss richten, wozu Schwarz-Gelb nicht im Stande ist.“ •

Anzeige



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Du denkst, dass Gewerkschaften nichts „Olles“ sind, sondern eine lebendige Gemeinschaft? Prima. Dann liegst Du richtig! Und Du hast Lust, dabei zu sein und mitzumachen? Nochmal prima. Denn wir, die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, brauchen Verstärkung.

Wir suchen zum 01.09.2013 zwei **Auszubildende zur/zum Kauffrau/-mann für Bürokommunikation (m/w)**

Jeweils eine der Ausbildungsstellen befindet sich in unseren Zentralen Berlin und Frankfurt/Main.

Das bringst Du mit:

- Lernbereitschaft und Zuverlässigkeit
- Kommunikationsfähigkeit
- Teamfähigkeit

- Freude am Umgang mit Menschen
- Abgeschlossene Schulausbildung mit guten Noten
- Fremdsprachenkenntnisse

Und das bekommst Du bei uns:

- Eine fundierte, qualifizierte und praxisorientierte Ausbildung:
- in verschiedenen Teams unter Anwendung von Textverarbeitung und -gestaltung sowie sämtlicher Bürokommunikationstechniken
- allgemeine Sekretariats- und Assistenzaufgaben
- betrieblichen Unterricht mit einer Online-Ausbildung

Die Ausbildung dauert drei Jahre und kann bei guten Leistungen verkürzt werden. Nach erfolgreichem Abschluss besteht die Chance auf Übernahme in eines unserer Teams. Neugierig? Dann schreib uns!

Wir freuen uns auf Deine vollständige Bewerbung mit Lebenslauf, Foto und Kopien der letzten beiden Schulzeugnisse an:

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Zentrale Frankfurt am Main - Bereich Personal
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt am Main
E-Mail: bewerbung@evg-online.org

Fragen werden gern vorab unter 069 7536-353 beantwortet.



Beschönigt und verwässert

Irritation und Verärgerung löste die Bundesregierung mit ihrem Bericht „Lebenslagen in Deutschland“ aus. Für den DGB zeigt er, dass die Bundesregierung „die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt“.

Die steigende Einkommensungleichheit wird von der Mehrheit der Deutschen als ungerecht empfunden. Im 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde diese Erkenntnis gestrichen. In der Originalfassung hieß es: Die Einkommensspreizung „verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und kann den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährden“. Der Satz wurde ersatzlos aus dem Text entfernt. An anderen Stellen wurde umformuliert.

Schon in seiner ersten Stellungnahme monierte der DGB im Herbst vergangenen Jahres: „Zentrale und

Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach aus dem Armutsbericht ein „Armutzeugnis“ der Bundesregierung.

Tatsache ist, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Die Bundesregierung verschleierte diese Entwicklung, indem sie sich auf „Lebenslauferspektiven“ und „soziale Mobilität“ beruft. Im amtlichen Text klingt das so: „Da die Erfolgs- und Risikofaktoren in den verschiedenen Lebensphasen eines Menschen unterschiedlich sind und frühere Lebensphasen die Chancen in den späteren beeinflussen, orientiert sich der Bericht, Empfehlungen aus der Wissenschaft folgend, an den Lebensphasen.“

Für eine solche Sichtweise fehlen aber nach Ansicht des DGB nicht nur aussagekräftige Daten, sie suggeriere auch, dass ein Ar-

von den Wohlstandsgewinnen der Bestverdienenden abgekoppelt.

Für den DGB wäre es deshalb wichtig, dass die Bundesregierung die Fakten „ungeschönt zur Kenntnis nehmen würde“. Zentral seien die Arbeitsmarktbedingungen. Deutschland brauche statt „irgendwelcher nebulöser Lohnuntergrenzen endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde“, fordert Buntenbach. Ebenso müssten prekäre Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Minijobs reformiert werden.

Auch beim Thema Rente macht es sich die Regierung einfach. Im Bericht heißt es, Bedürftigkeit im Alter sei „kein Problem“. Konträr zur DGB-Analyse: „Das weiter sinkende Rentenniveau wird vielmehr für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung zu einem ernsthaften Problem.“ Ein weiterer Kritikpunkt der Gewerkschaften betrifft das Kapitel zu Gesundheit und Armut. Hier werde der Zusammenhang von Einkommen, Bildung und Gesundheit „verharmlost“. Nach Ansicht der Bundesregierung müsse „eine benachteiligte Lebenslage nicht zwangsläufig“ mit einer schlechteren Gesundheit einhergehen. Für den DGB ist der „Zusammenhang zwischen sozialer Lage/Kassenlage und Gesundheit wissenschaftlich unbestritten.“

Alles in allem gab es in der Ursprungsfassung immerhin noch einen Hinweis auf „zu lösende Probleme“ wie Armutsrisiko, Niedriglohnquote und Vermögensaufbau. In der Endfassung fehlen diese Aussagen. Die sprachliche Verschleierung setzte vor allem das FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium durch. Für die Liberalen begründete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heinrich Leonard Kolb die Änderungen: „Es bringt nichts, wenn man Armut irgendwie kritisch beschreibt.“ Die FDP setze darauf, dass die Menschen ihre eigene Lebenslage verändern können. •

www.bit.ly/ArmReich
www.dgb.del-15ry

Arme Kinder

Auf Kinderarmut oder auch das Armutsrisiko für Kinder geht der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht näher ein. Im 14. Kinder- und Jugendbericht, den die Bundesfamilienministerin Ende Februar vorlegte, stellen die WissenschaftlerInnen allerdings fest: „Die ökonomische Ungleichheit ist offensichtlich nicht nur bei den Erwachsenen größer geworden – auch Kinder, Jugendliche und besonders junge Erwachsene sind davon betroffen.“

✳ **Nach einer Analyse des DGB lebt mindestens jedes siebte Kind in einem Haushalt, der auf staatliche Fürsorge angewiesen ist.**
✳ **Für Kinder Alleinerziehender steigt das Hartz-IV-Risiko bereits auf 35 Prozent.**

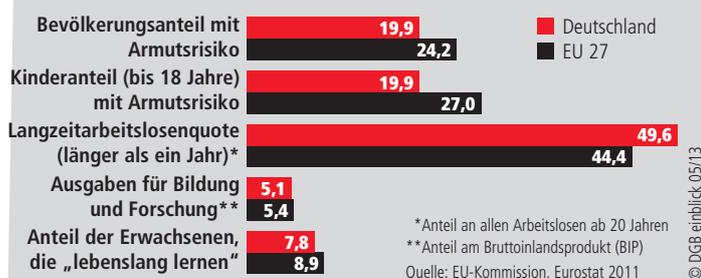
✳ **Mitte 2012 zählten rund 510 000 Haushalte mit Kindern zu den erwerbstätigen Aufstockern.**

✳ **Die Armut von Kindern geht in relativ starkem Maß auf niedrige Erwerbseinkommen zurück.**

www.dgb.del-1thu
www.bit.ly/ArmutKinder

Jede/r Fünfte von Armut bedroht

Deutschland im Vergleich mit den EU-27-Staaten (in Prozent)



Die Zahlen zum Armutsrisiko oder zur Langzeitarbeitslosigkeit zeigen, dass es auch in Deutschland noch reichlich Handlungsbedarf gibt.

richtige Aussagen finden sich im endgültigen Entwurf nicht wieder.“ Der Bericht beschönige und verwässere, lautet deshalb die Hauptkritik am Armutsbericht. Gewerkschaften und Sozialverbände sprechen von Schönfärberei. Die durchaus übliche Ressortabstimmung führte bei diesem für die politischen Handlungsoptionen so wichtigen Bericht zur öffentlichen Verärgerung. Der DGB stellte fest: Die „Bereinigungen“ des Ursprungstextes suggerierten, dass Armut nicht mehr bekämpft werden müsse. So wird für DGB-

mutsprogramm überflüssig sei. Dabei ist die soziale Aufstiegsmobilität in Deutschland – auch im internationalen Vergleich – niedrig. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist in den letzten Jahren noch ungleicher geworden. Aus Sicht des DGB sind die Zahlen alarmierend. So liegen die mittleren Einkommen inzwischen um die Hälfte niedriger als die oberen Einkommen. Die unteren Einkommensgruppen seien gänzlich abgehängt, so der DGB. Insgesamt würden 83,3 Prozent der Bevölkerung

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Allianz

Freier Sonntag europaweit

Mit europaweiten Aktionen hat die „Allianz für den freien Sonntag“ Anfang März ihre Forderung nach einem arbeitsfreien Sonntag bekräftigt. Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegen, dass der Anteil der Sonntagsarbeit in allen EU-Mitgliedsstaaten mittlerweile gut 30 Prozent beträgt. Die Allianz fordert deshalb die Politik auf, sich gegen unvorhersehbare Bereitschaftsdienste, Schichtarbeit, unsoziale Arbeitszeiten wie Nacht- und Wochenendarbeit in den Mitgliedstaaten und in der EU auszusprechen. Die Ökonomisierung der Sonntag- und Feiertage verstärkte die soziale

Spaltung auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien. „Der gemeinsame wöchentliche Ruhetag ist ein klares und sichtbares Zeichen für die Vereinbarkeit von persönlichem, familiärem und beruflichem Leben.“ Unterstützt wird das Bündnis durch die IG BAU, die GdP und die GEW. •

www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de

Elterngeld

Väter einbeziehen

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung untersucht das Institut für Sozialwissenschaftstransfer (SowiTra) langfristige Effekte des Elterngeldes für Väter. Die 2007 eingeführte Regelung soll den Wunsch erwerbstätiger Väter nach aktiver Vaterschaft in den ersten Lebensmonaten unterstützen. SowiTra geht nun den Fragen nach, ob die Regelung erfolgreich war und wie das Elterngeld möglicherweise künftig gestaltet sein muss, um nachhaltige Impulse für eine familien- und väterfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt zu geben. Das Institut sucht für eine Online-Befragung noch Väter, die seit 2007 mindestens ein Kind



Das Vorhaben, öffentliche Dienstleistungen in private Hand zu geben, ist gescheitert.

Entgegen den Versprechungen der privaten Anbieter sind die Leistungen nicht billiger, sondern teurer geworden. In vielen Kommunen und Gemeinden denkt man nun anders. Doch wie sieht der Weg der Rekommunalisierung aus? Welche Erfahrungen gibt es? Welchen Einfluss können Gewerkschaften und Betriebsräte nehmen? Antworten liefert das Buch **Zurück zur öffentlichen**

Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung.

ExpertInnen aus Kommunalpolitik, Wissenschaft und Gewerkschaften berichten über ihre Erfahrungen, etwa der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) oder der ehemalige Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die Linke). Zudem zeigt ein Beitrag, was Rekommunalisierungsprojekte in anderen europäischen Ländern erreicht haben.

Claus Matecki, Thorsten Schulten (Hrsg.): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung, VSA-Verlag, 192 Seiten, 16,80 Euro

bekommen haben. Darüber hinaus können sich auch andere Väter und Betriebsräte, die zu ExpertInneninterviews bereit sind, per Mail

an elternzeitvaeter@sowitra.de wenden. •

Online-Befragung:

www.elternzeitvaeter.de

Global Labour University

Bewerbungsschluss

Die Global Labour University (GLU), Anbieterin spezieller Masterprogramme zum Thema Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Fragen in der Globalisierung, beginnt im

Oktober 2013 an der Universität Kassel mit einem neuen Kurs. GewerkschafterInnen und Mitglieder anderer sozialer Bewegungen sind eingeladen, sich für das Masterprogramm „Labour Policies and Globalisation“ zu bewerben. Das einjährige englischsprachige Studium wird gemeinsam von der Universität Kassel und der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin angeboten. Bewerbungen können bis zum 30. März in elektronischer Form an glu.germany@uni-kassel.de geschickt werden. •

Infos: www.global-labour-university.org

Anzeige

Anzeige

interregio

••• Als Ergebnis seines ersten **FrauenDatenReports** beklagt der **DGB NRW** die Folgen der nordrhein-westfälischen Gleichstellungspolitik. „Trotz immer besserer Qualifikation ziehen Frauen in der Arbeitswelt nach wie vor den Kürzeren. Und zwar beim Gehalt ebenso wie bei den Karrierechancen“, erläutert Carmen Tietjen, Frauensekretärin des DGB NRW. Resultat der Ungleichbehandlung sei: Jede dritte Frau in NRW bezieht einen Niedriglohn, während es bei den Männern nur jeder siebte ist. Um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern tatsächlich durchzusetzen,

fordert der DGB die Umsetzung mehrerer Maßnahmen. Dazu gehört, so Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, vor allem ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro und die Sozialversicherungspflicht für Minijobs ab dem ersten Euro. Zudem drängt der DGB auf eine Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW.

nrv.dgb.del-ItxN

••• Um Arbeitsplätze im baden-württembergischen Maschinen- und Anlagenbau zu sichern, fordert das Expertennetzwerk „Forum Soziale Technikgestaltung“ des **DGB**

Baden-Württemberg vom Land eine eigenständige **Software-Initiative** zur Unterstützung der Energiewende. Um dauerhaft wettbewerbs- und marktfähig zu bleiben, müssten Geräte und Maschinen ein deutlich höheres Maß an Energieeffizienz erreichen. „Mittel- und langfristig werden vor allem solche industriellen Maschinen und Anlagen auf dem globalen Markt Bestand haben, die effizient, dezentral und mit softwaretechnischer Intelligenz an die Energienetze angedockt sind“, unterstreicht Welf Schröter, Leiter des Forums Soziale Technikgestaltung.

schroeter@talheimer.de

GEWERKSCHAFTEN

Junge Generation

DGB-Jugend will Politikwechsel

Mit einem „Tag der Ansage“ macht die DGB-Jugend klar, was sie nach der Bundestagswahl von den Parteien erwartet. Bessere Ausbildung, sichere Berufsperspektiven und ein soziales Europa sind nur einige ihrer Forderungen.

„Das muss sich ändern“ – unter diesem Motto hat die DGB-Jugend ihre Kampagne zur Bundestagswahl gestartet. „Wir wollen mitbestimmen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wir wollen gehört werden. Und wenn man uns schon nicht fragt, verschaffen wir uns eben selbst eine Stimme“, erklärt DGB-Bundesjugendsekretär Florian Hagenmiller.

Auftakt war der „Tag der Ansage“ Mitte März. Junge GewerkschafterInnen haben in sechs Städten laut und kreativ auf ihre Forderungen hingewiesen. Zum Beispiel, warum sich die DGB-Jugend für bessere Ausbildungsbedingungen einsetzt. Hagenmiller betont: „Wir wollen eine umfassend qualifizierende, qualitativ hochwertige betriebliche Ausbildung für alle.“ Studien belegen, dass Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und fehlende Betreuung in einigen Ausbildungsberufen keine Seltenheit sind. Um das zu ändern, muss zuallererst das Jugendarbeitsschutzgesetz eingehalten, aber auch verbessert werden. Zudem braucht es gut geschulte AusbilderInnen und Berufsschulen mit ausreichend Personal und Material.

Junge Menschen wollen eine planbare und sichere Perspektive nach der Ausbildung. Doch die Realität sieht für viele anders aus. „Deshalb sind ein Mindestlohn von 8,50 Euro und die unbefristete Übernahme Pflicht“, macht Hagenmiller deutlich. 40 Prozent der Auszubildenden werden nicht übernommen. Über 50 Prozent der LeiharbeiterInnen sind jünger als 35 Jahre. Die DGB-Jugend will deshalb unter anderem Leiharbeit stärker regulieren.

Mit Blick auf die Altersvorsorge der jungen Generation von heute



Foto: IG Metall

Solidarität mit Europas Jugend – die IG Metall zeigt sich bei einer Aktion in Frankfurt am Main solidarisch mit jungen Menschen in Spanien, Griechenland, Portugal und anderen europäischen Staaten, in denen Hunderttausende von Jugendlichen arbeitslos sind.

gibt die DGB-Jugend den Kurs für die Rentenpolitik vor. „Nachhaltige Rentenpolitik braucht mehr Weitblick und weniger Wahlkampfgeschenke. Die Rente muss armutsfest und solidarisch sein.“ Darum müsse die Rente mit 67 abgeschafft und stattdessen eine Demografie-Reserve aufgebaut werden. Älteren Beschäftigten soll der Ausstieg aus dem Erwerbsleben erleichtert und Jüngeren damit Perspektiven ermöglicht werden. „Mehr Geld für Bildung“ lautet die zentrale Forderung in Sachen Bildungspolitik. Der Weg an die Hochschulen darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern. Darum sollen alle direkten und indirekten Bildungsgebühren abgeschafft werden.

Um die Chancen für die junge Generation in Europa zu verbes-

sern, fordert die DGB-Jugend ein EU-Programm, um Beschäftigung zu gewährleisten. Hagenmiller warnt: „Die junge Generation ist der Krisenverlierer. Denn fast jeder vierte junge Mensch in Europa unter 25 Jahre hat keine Arbeit.“ Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock bezeichnet die vom Europäischen Rat beschlossene Jugendgarantie als einen ersten, wichtigen Schritt. Allen jungen Menschen unter 25 Jahren soll binnen vier Monaten nach der Schule oder dem Verlust einer Beschäftigung ein „hochwertiges“ Jobangebot gemacht werden. Die Jugendgarantie dürfe kein Blendwerk sein, „daher wehren wir uns dagegen,

Praktika nach einem erfolgreichen Studium oder Berufsabschluss mit einzubeziehen“, betont Sehrbrock. Der DGB will kein Schönrechnen der Arbeitslosenzahlen. Die Jugend werde nur dann Zugang zu guten Arbeitsplätzen haben, wenn die Wirtschaft anspringt und wenn in Ausbildung investiert wird. „Der DGB hat mit seinem Konzept eines Marshallplans für Europa ein Gerüst für eine solche Strategie entwickelt“, erläutert die stellvertretende DGB-Vorsitzende.

Die Gewerkschaftsjugend will in den kommenden Wochen und Monaten mit vielen Aktionen für ihre Themen kämpfen und sich Gehör verschaffen. Weitere Informationen gibt es auf der Kampagnen-Homepage: www.jugend-macht-ansagen.de •

Revolution Bildung

Die Herkunft entscheidet in vielen Fällen, wer es in Deutschland an die Uni schafft. 83 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien studieren. Aus Arbeiterfamilien sind es nur 23 Prozent. Um das zu ändern, hat die IG Metall-Jugend die Kampagne „Revolution Bildung“ gestartet. Die IG Metall-Jugend fordert „bessere Bildung, für alle, kostenfrei und mit genügend Zeit“.

Auftakt der Kampagne war Anfang März eine große Konferenz, auf der 350 junge Aktive der IG Metall gemeinsam mit WissenschaftlerInnen und VertreterInnen der Bundestagsparteien über die Anforderungen an das Bildungssystem diskutierten. „Bildung ist eine Schlüsselfrage. Aber das deutsche Bildungssystem wird keiner dieser Aufgaben mehr wirklich gerecht“, kritisiert Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Die IG Metall will das Thema Bildung im anstehenden Bundestagswahlkampf ganz oben auf der Agenda platzieren. Für die IG Metall steht fest: Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft.

www.revolutionbildung.de

kurz & bündig



Um den Streit zu „Stuttgart 21“ zwischen Bund, der Deutschen Bahn und dem Land Baden-Württemberg zu beenden, hat die EVG einen „vertrauensbildenden Bahngipfel“ gefordert. Die EVG hält es für dringend erforderlich, dass alle Projektbeteiligten den konstruktiven Dialog suchen.



Studium und Kind unter einen Hut zu bringen, ist nicht einfach. Mit der Broschüre „Studieren mit Kind“ steht die IG Metall studierenden Eltern zur Seite. So zeigt sie, was man bei einer längeren Auszeit an der Uni beachten muss. www.bit.ly/ig_m_uni



Die GdP fordert, den polizeilichen Druck auf kriminelle Rockerbanden bundesweit zu erhöhen. „Rechtsfreie Räume können wir nicht dulden“, betont der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut. Er begrüßt, dass Polizeikräfte an Brennpunkten verstärkt werden sollen.

Werkverträge

NGG legt Bericht vor

Die NGG warnt vor dem massiven missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen in der Ernährungsindustrie. „Seit der Missbrauch von Leiharbeit begrenzt werden konnte, haben die Arbeitgeber mit den Werkverträgen ein neues Modell der Ausbeutung gefunden“, kritisiert der stellvertretende NGG-Vorsitzende Claus-Harald Güster. Mit der Broschüre „Wenig Rechte, wenig Lohn – Wie Unternehmen

DGB-Bundesvorstand

Neue stellvertretende Vorsitzende



Foto: Kay Herschelmann

Elke Hannack wird neue stellvertretende DGB-Vorsitzende. Der DGB-Bundesausschuss, das höchste Gremium des Deutschen Gewerkschaftsbundes zwischen den Kongressen, wählte sie mit 97,6 Prozent der Stimmen. Die 51-Jährige tritt das Amt am 1. Juni 2013 an. Zu diesem Zeitpunkt scheidet die bisherige stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock mit Erreichen des 65.

Lebensjahres aus. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte: „Der DGB kann sich glücklich schätzen, mit Elke Hannack eine erfahrene und versierte Gewerkschafterin als neues Mitglied im Vorstand begrüßen zu können.“

Derzeit ist Elke Hannack Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Bis 2007 war sie unter anderem stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen. Hannack wird für die Themenfelder Bildungs-, Jugend- und Frauenpolitik sowie den öffentlichen Dienst

Öffentlicher Dienst

5,6 Prozent mehr Gehalt

ver.di, GEW, GdP, IG BAU und die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder haben sich in der dritten Tarif-Verhandlungsrunde geeinigt. Danach sollen die rund 800 000

Beschäftigten der Länder rückwirkend zum 1. Januar 2,65 Prozent mehr Gehalt erhalten, weitere 2,95 Prozent gibt es ab 1. Januar 2014. Auszubildende erhalten 2013 monatlich 50 Euro mehr, im kommenden Jahr weitere 2,95 Prozent. Alle Beschäftigten der Länder haben jetzt Anspruch auf 30 Tage Urlaub. „Damit halten sie Anschluss an die

beim DGB-Bundesvorstand zu ständig sein. Sie ist langjähriges Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und der CDU. Dazu Michael Sommer: „Dass es uns gelungen ist, mit Elke Hannack ein langjähriges CDA-Mitglied für die Arbeit im DGB-Vorstand zu gewinnen, zeigt einmal mehr, dass der DGB dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet ist.“ Sommer bedankte sich bei Ingrid Sehrbrock für ihre Arbeit beim DGB: „Sie war stets eine glaubwürdige Vertreterin, gerade wenn es um Belange junger Menschen, die Bildungspolitik sowie die Frauen- und Gleichstellungspolitik ging.“ •

Gehaltsentwicklung der übrigen Bereiche im öffentlichen Dienst und in der Gesamtwirtschaft“, betont der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Die ver.di-Bundestarifkommission empfiehlt, dem Tarifergebnis in der anstehenden Mitgliederbefragung zuzustimmen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fordert, das Tarifergebnis unverzüglich zeit- und inhaltsgleich auf die BeamtInnen zu übertragen.

Eine tarifliche Eingruppierung der angestellten LehrerInnen ist hingegen gescheitert. Ein Grund: Die Länder wollen weiterhin allein über die Gehälter entscheiden. „Die Arbeitgeber wollten die Lehrkräfte demütigen. Sie waren nicht bereit, auf das einseitige Bestimmungsrecht bei der Eingruppierung der Lehrkräfte zu verzichten“, erklärt GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad. Nach Ostern will die GEW das weitere Vorgehen beraten. •

Ob beim Mindestlohn, bei der prekären Beschäftigung oder der Rente – eine Annäherung an gewerkschaftliche Positionen ließen die Generalsekretäre der Regierungsparteien, Alexander Dobrindt/CSU (links), Hermann Gröhe/CDU (2.v.l.) und Patrick Döring/FDP (2.v.r.), auf einer Podiumsdiskussion anlässlich des DGB-Bundesausschusses Anfang März vermissen. Besonders scharf kritisierten die GeneralsekretärInnen Steffi Lemke/Bündnis90/Die Grünen (3.v.l.), Andrea Nahles/SPD (3.v.r.) und Matthias Höhn/Die Linke (rechts) die Haltung von Schwarz-Gelb zum gesetzlichen Mindestlohn. In der Bildmitte: Gastgeber Michael Sommer.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

macht die NGG in der Broschüre auch deutlich, was getan werden muss, um dem Missbrauch ein Ende zu setzen: Scheinselbstständigkeit muss bekämpft, Mindestlohn, mehr Mitbestimmungsrechte und bessere Kontrollen müssen eingeführt werden. •

Download unter: www.bit.ly/ngg_pub_ve

Anzeige



Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Arbeitsmarktreformen

Von Häppchen wird niemand satt

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erläutert, weshalb eine neue Ordnung der Arbeit der beste Weg ist, um Armut und gesellschaftliche Spaltung zu bekämpfen.

Selten wurde eine Rede so sehr bemüht wie in diesen Tagen: Vor zehn Jahren verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010. Was folgte, waren gravierende Einschnitte in den Sozialstaat, deren Nachwirkungen bis heute zu spüren sind. Die entscheidende Frage ist, was wir heute daraus lernen. Die Arbeitgeberlobby feiert die Agenda als Treibstoff der ‚Wachstumslokomotive Deutschland‘ und fordert weitere Verschärfungen wie die Rente ab 69. Kein Wunder, sind die Unternehmen doch bis heute die großen Profiteure der Umverteilungspolitik der letzten Jahre. Mit den Huldigungen zum zehnjährigen Geburtstag der Agenda 2010 wird vernebelt und verschleiert, **dass die Lokführerin Merkel auf diesem Weg inzwischen Wagen um Wagen verliert und immer mehr Menschen abgehängt werden**, in Deutschland und in Europa. Kann eine solche Agenda als Blaupause für mehr Wachstum und Beschäftigung dienen? Oder ist die Agenda-Politik nicht eher Zündstoff für zunehmende Armut, gesellschaftliche Spaltung und soziale Konflikte?

Vor zehn Jahren zum ‚kranken Mann Europas‘ erklärt, steht Deutschland heute auf den ersten Blick gut da. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen, die sozialversicherte Beschäftigung insgesamt auf Rekordniveau. Ob und in welchem Umfang dies auf die Agenda-Politik zurückzuführen ist, bleibt bis heute höchst umstritten. Nicht zuletzt die Finanzmarktkrise hat mit aller Wucht gezeigt, dass die Frage der Wettbewerbsfähigkeit nicht von Zehntelprozentpunkten bei den Lohnnebenkosten abhängt – und schon gar nicht von angeblich faulen Arbeitslosen. Fakt ist, dass Deutschland die schwere Finanzkrise 2008/2009 nicht wegen der Agenda 2010 so gut überstanden hat, sondern die Arbeitsplätze durch betriebliche Arbeitszeitkonten, die Ausweitung der Kurzarbeit, die Mitbestimmung und die Flexibilität der Beschäftigten gesichert werden konnten. Fakt ist auch, dass die Arbeitslosigkeit zuletzt gesunken ist, obwohl die Sozialabgaben gesiegen waren.

Der entscheidende Punkt ist, dass die Armut steigt, obwohl die Arbeitslosigkeit gesunken ist. So zeigt der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht erneut das eigentliche Problem

der Agenda-Reformen. Die Hartz-Reformen, die Rot-Grün auf den Weg gebracht hat und die von CDU/CSU und FDP noch verschärft worden sind, haben zu einem Boom des Niedriglohnssektors geführt. Fast ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss heute zu Niedriglöhnen arbeiten. Sieben Millionen Beschäftigte im Mini-job und mehr als 800 000 in der Leiharbeit warten zumeist vergeblich auf das ‚Sprungbrett‘ in reguläre Arbeit. Die Meisten bleiben in perspektivlosen Jobs kleben, die zur Armutsfalle werden. Beispiele wie Amazon, Schlecker und Co. sind nicht nur einzelne Missbrauchsfälle, sondern sie stehen für die Entwertung der Arbeit. In Deutschland wurde das Geschäftsmodell ‚Niedriglohn‘ gefördert und über Hartz IV mit Milliardenbeträgen subventioniert. Das Ergebnis: Die Unternehmensgewinne sprudeln und Geringverdiener müssen über Hartz IV aufstocken und dafür auf dem Amt die Hosen herunter lassen.

Heute befinden wir uns in einem mühsamen Aufholprozess. Es gibt einzelne Branchenmindestlöhne, auch in der Leiharbeit. **Doch von Häppchen wird niemand satt. Wir brauchen deshalb eine neue Ordnung der Arbeit.** Billigarbeit darf nicht zum Markenzeichen für ‚Made in Germany‘ werden. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro ist das Mindeste, damit Hungerlöhne endlich der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig brauchen wir wasserdichte gesetzliche Regeln für gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit und eine Reform der Minijobs. All dies würde das Tarifsysteem nachhaltig stärken.

Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP verweisen im Streit um einen gesetzlichen Mindestlohn gern auf die Vorzüge des Tarifsystems. Auch wenn die Tarifautonomie kein Argument gegen den gesetzlichen Mindestlohn ist, könnten sie noch vor der Bundestagswahl **die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern oder das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen ausweiten.** Das würde helfen, um Schmutzkonkurrenz und Lohndumping zu vermeiden. Zu erwarten ist dies nach dem Stand der Dinge nicht. Die Parteien sind längst im Wahlkampfmodus. ●



Annelie Buntenbach ist seit 2006 Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und unter anderem für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig.

Foto: DGB/Jana Sritzke

Folgen der Agenda-Politik

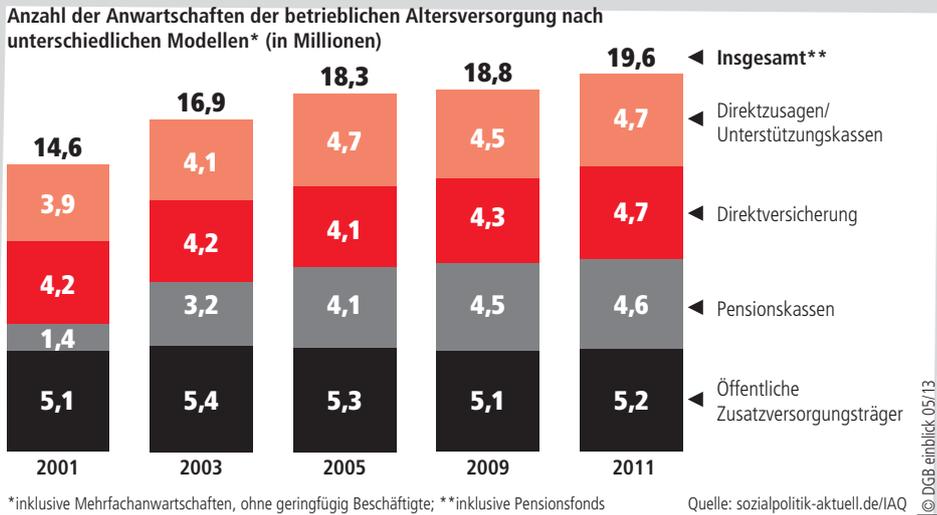
Trotz des Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist die Armutsquote gestiegen. +++ Das Normalarbeitsverhältnis bröckelt weg – sein Anteil unter allen Beschäftigungsverhältnissen machte 2012 nur noch 67 Prozent aus.

+++ Prekäre Jobs boomen. Jedem vierten Beschäftigten arbeitet in einem atypischen Job. +++ 22,8 Prozent der Vollzeitbeschäftigten und 50 Prozent der atypisch Beschäftigten arbeiten zu Niedriglöhnen. +++ 1,3 Millionen Erwerbstätige müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. +++ Die soziale Sicherung der Arbeitslosen schwindet. Nur noch ein Drittel aller Arbeitslosen erhält Arbeitslosengeld I – jedem Zehnten von ihnen braucht zusätzlich ALG II.

+++ Ein Viertel derjenigen, die arbeitslos werden, erhält sofort ALG II. +++ Sowohl in der Renten- wie auch in der Krankenversicherung sind die Belastungen für die ArbeitnehmerInnen einseitig gestiegen. +++ In der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Beitragslast nicht mehr paritätisch auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteilt. Die Beschäftigten müssen 0,9 Prozentpunkte mehr zahlen. +++ Vor allem durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors wird das Leistungsniveau der Gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 auf rund 43 Prozent sinken.

ALTERSVORSORGE: Betriebsrenten stagnieren

Trotz öffentlicher Förderung sind die Anwartschaften in der betrieblichen Altersversorgung zwischen 2005 und 2011 kaum gestiegen. Das zeigt eine Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Um betriebliche Altersvorsorge zu stärken, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach „mehr Arbeitgeberbeteiligung und eine Stärkung des Tarifsystems“. Betriebsrenten könnten aber nur eine Ergänzung, keinesfalls Ersatz für eine ausreichende gesetzliche Rente sein.



personalien

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

••• Der GdP-Vorsitzende **Bernhard Witthaut**, 58, ist zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Europäischen Polizeigewerkschaftsbundes (EuroCOP) gewählt worden.

••• **Daniel Schneider**, 36, ist neuer politischer Referent für Umwelt- und Klimapolitik beim DGB-Bundesvorstand. Der Umweltingenieur folgt **Dr. Werner Schneider**, 65, der in den Ruhestand gegangen ist. Werner Schneider war 30 Jahre lang beim DGB für Umweltpolitik zuständig und über 15 Jahre Mitglied im Umweltgutausschuss beim Bundesumweltministerium.

18.3. DGB-Jugend, Internationale DGB-Jugendkonferenz zur Jugendarbeitslosigkeit und Prekarisierung in Europa „Solidarität kennt keine Grenzen: Eine Welt – eine Krise“, Berlin

18.3. DGB NRW, Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Erneuerbare Energien, Innovationen und Beschäftigungseffekte“, Jülich

19.3. ver.di, „Fachtagung für Beamtinnen und Beamte“, Berlin

19.3. DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Volkshochschule, Diskussion „Die Macht der Ratingagenturen“, Chemnitz

19.3. Friedrich-Ebert-Stiftung, Die aktuelle Situation der älteren Generation in Deutschland und Polen – mögliche Auswirkungen der Euro-Krise auf Renten und soziale Sicherungssysteme, Greifswald

19.3. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Was bleibt von Marx – Gedanken zum 130. Todestag von Karl Marx“, Jena

19.3. Heinrich-Böll-Stiftung, Podiumsdiskussion „Europäische Öffentlichkeit jenseits nationaler Scheuklappen? Die Medien und die EU-Krise“, Berlin

21.3. DGB, Deutscher Frauenrat, Sozialverband Deutschland, Aktionstag „Equal Pay Day“, zentrale Kundgebung in Berlin

21.3. Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

21.3. Institut für Makro-

ökonomie und Konjunkturforschung, IMK-Konjunkturforum „Finanzmärkte revisited“, Berlin

21.3. ver.di, Fachtagung „Gute Arbeit – gute Personalausstattung“, Frankfurt am Main

21.-22.3. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hugo-Sinzheimer-Institut für Arbeit, Tagung „9. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht“, Berlin

22.3. DGB, JAV-Kongress „Neuordnung der Arbeit“, Kitzingen

22.3. Weltwassertag

28.3. ver.di, Buchpräsentation und Lesung „Siegfried Aufhäuser (1884-1969) – Ein Leben für die Angestelltenbewegung“, Berlin

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wenn man mal eine politisch kluge Haltung sucht, fährt man mit der exakten Gegenposition zu Alexander Dobrindt stets perfekt.“

Blogger Sascha Lobo am 11. März auf Twitter über den CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. Dieser hatte behauptet, Homosexuelle seien eine „schrille Minderheit“.

Profifußball**Klausel im Trainervertrag unwirksam**

Eine Klausel im Arbeitsvertrag zwischen einem Trainer und einem Fußballverein, wonach der Arbeitnehmer im Falle einer Kündigung auf die Erhebung einer Kündigungsschutzklage verzichtet, ist unwirksam.

Der Fall: Der Drittligist Alemannia Aachen kündigte seinem Chef-Trainer und zwei weiteren Trainern mit der Begründung, sie seien erfolglos. Dabei berief sich die Vereinsführung auf eine Klausel in den Arbeitsverträgen, die ein verhaltensbedingtes Sonderkündigungsrecht für den Verein vorsah, falls der Aufstieg in die 2. Bundesliga verpasst würde, was hier der Fall war. Darüber hinaus sei in den Arbeitsverträgen vereinbart, dass die Trainer nicht gegen ihre Kündigung klagen dürfen und sich mit einer Abfindung von drei Monatsgehältern zufriedengeben müssen. Die Kündigungsschutzklagen der Trainer hatten Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Der Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage ist unwirksam; denn er entzieht dem Arbeitnehmer das gesetzlich verbriefte Recht, sich gegen unberechtigte Kündigungen zur Wehr zu setzen. Dieses Recht kann nicht einseitig zugunsten des Arbeitgebers verkürzt werden, auch wenn dem Arbeitnehmer für den Fall der Kündigung eine Abfindung zugesagt wird.

*Arbeitsgericht Aachen,
Urteil vom 22. Februar 2013 - 6 Ca 3662/12*

Gesetzliche Unfallversicherung**Auch nach einem privaten Treffen**

Bei einer Geschäftsreise kann auch nach einem privaten Abendessen der Unfallversicherungsschutz wieder aufleben.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, Innenarchitekt, unternahm für seinen Arbeitgeber eine mehrtägige Geschäftsreise. Er war in einer Gaststätte untergebracht und hatte unter anderem einen Geschäftstermin in der Stadtverwaltung wahrzunehmen. Nach der Besprechung traf sich der Innenarchitekt mit seiner Freundin und späteren Ehefrau in einem Restaurant zum Abendessen. Auf dem Rückweg zu seiner Unterkunft wurde sein PKW von einer Windbö erfasst und prallte gegen einen Alleebaum. Der Arbeitnehmer erlitt mehrere Verletzungen. Die Klage auf Anerkennung als Arbeitsunfall hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Ein wenige Stunden dauerndes privates Treffen während einer mehrtägigen Geschäftsreise führt nicht dazu, dass der Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung endgültig verloren geht. Die Rückfahrt zu dem Übernachtungshotel stand nämlich in Zusammenhang mit der ausgeübten geschäftlichen Tätigkeit. Der Arbeitnehmer hat sich wieder in das Hotel begeben, um an den nächsten Tagen weitere Geschäftstermine in der Umgebung wahrzunehmen. Bei mehrtägigen Geschäftsreisen ist es üblich, sich nach Abschluss des Arbeitstages nicht sofort ins Übernachtungshotel zu begeben, sondern den Abend gesellig oder mit Freizeitaktivitäten zu verbringen. Es würde den Unfallversicherungsschutz unangemessen verkürzen, wenn eine betrieblich veranlasste Fahrt (die Rückkehr ins Übernachtungshotel nach einem Geschäftstermin) aufgrund einer kurzen privaten Aktivität nicht mehr erfasst wäre. Bei mehrtägigen Geschäftsreisen kann eine private Unterbrechung von einigen Stunden oder sogar von mehr als einem Tag unschädlich sein.

*Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 18. September 2012 - L 3 U 28/12*

Hartz IV**Kosten für Ofen sind zu übernehmen**

Im Rahmen der laufenden Hartz-IV-Leistungen können die Kosten für die Anschaffung eines Gasofens als Kosten der Unterkunft zu übernehmen sein, wenn dieser die Wohnung erst bewohnbar macht und das zuständige Jobcenter den Umzug in diese Wohnung genehmigt hat.

*Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 28. November 2012 - L 6 AS 573/12 B ER*

Betriebsvereinbarung**Altersgrenzen sind zulässig**

Betriebsrat und Arbeitgeber können in einer freiwilligen Betriebsvereinbarung eine Altersgrenze für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen regeln. Dabei haben sie die Grundsätze von Recht und Billigkeit zu beachten.

Diese sind gewahrt, wenn die Altersgrenze an den Zeitpunkt anknüpft, zu dem der Arbeitnehmer die Regelaltersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen kann.

Eine solche Regelung verstößt nicht gegen das Verbot der Altersdiskriminierung.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. März 2013 - 1 AZR 417/12*

Wiedereingliederung**Betriebsrat ist einzubeziehen**

Für die Durchführung des betrieblichen Eingliederungsmanagements kann der Betriebsrat die Einführung von Verfahrensregelungen verlangen und gegebenenfalls über die Einigungsstelle durchsetzen.

*Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Beschluss vom 16. Januar 2013 - 2 TaBV 6/12*

Justizvollzug**Sex im Gefängnis führt zur Entlassung**

Ein Justizvollzugsbeamter, der mit einer Gefangenen in deren Zelle einvernehmlich Geschlechtsverkehr hatte, muss mit seiner Entfernung aus dem Dienst rechnen.

Bis zum Abschluss dieses Verfahrens sind eine vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von 20 v.H. seiner monatlichen Bezüge nicht zu beanstanden.

*Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 22. Januar 2013 - 3 B 10064/13.OVG*

Hartz IV**Rückzahlung auch bei Behördenfehler**

Erhält ein Bezieher von Hartz-IV-Leistungen unrechtmäßige Zahlungen, so ist er zur Rückzahlung verpflichtet. Das gilt auch, wenn die Überzahlung auf einen Behördenfehler zurückgeht. Entscheidend ist, ob der Leistungsbezieher wissen musste, dass ihm das Geld nicht zustand.

*Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 4. Oktober 2012 - L 5 AS 18/09*